Rathauschau

Montag, 19. März 2012 Ausgabe 054 muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise 2			
Meldungen			
>	Equal Pay Day – Aktionstag für gerechte Bezahlung in München	4	
>	Tuberkulose: Erkrankungen in Ballungszentren nehmen zu	6	
>	Theaterfestival der Münchner Schulen	8	
>	Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Baden-Württemberg –		
	Bilanz und Ausblick"	9	
>	Fotoprojekt "Weibsbilder": Ausstellung im Stadtjugendamt	9	
>	Bauzentrum: Vortrag "Schimmel in Wohnungen vermeiden"	10	
>	Führung durch die Ausstellung "Miteinander ins Gespräch kommen"	10	
Α	Antworten auf Stadtratsanfragen		
>	Hauptstadt Wien verabschiedet sich von Wienux?	11	
>	Beschwerdestelle der Heimaufsicht ausbauen	17	
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat 19			

Terminhinweise

Wiederholung

Dienstag, 20. März, 11 Uhr, Trausnitzstraße

Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum Richtfest für den Neubau "Mü 15 – Entwicklungs- und Verwaltungsgebäude" der Unternehmensgruppe Rohde & Schwarz Immobilien GmbH. Das Bauvorhaben steht für einen weiteren Baustein im städtebaulichen Entwicklungskonzept "Rund um den Ostbahnhof".

Wiederholung

Dienstag, 20. März, 11 Uhr, Gasteig, Foyer der Philharmonie (Blöcke B/C), Eingang über Kellerstraße 4

Pressegespräch zur Vorstellung des Programms der Münchner Philharmoniker in der neuen Konzertsaison 2012/13 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Lorin Maazel (Chefdirigent ab 2012/13), Intendant Paul Müller sowie einem Mitglied des Orchestervorstands. Moderation im Rahmen von "Spielfeld Klassik" durch eine Schülerin und einen Schüler des Obermenzinger Gymnasiums.

Wiederholung

Dienstag, 20. März, 12.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses

25 Jahre, 40 Jahre oder sogar schon 50 Jahre bei der Stadt: Fast 1.000 Dienstjubilarinnen und Dienstjubilare feiern in diesem Jahr. Bei der dritten und letzten Veranstaltung bedanken sich Bürgermeisterin Christine Strobl, Dr. Angelika Beyerle, in Vertretung des Personal- und Organisationsreferenten, und Constantin Dietl-Dinev, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, im Rahmen eines Einladungsessens bei über 300 treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Baureferat (100), dem Kulturreferat (33), dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung (41) sowie dem Sozialreferat (128).

Mittwoch, 21. März, 18 Uhr, PlanTreff, Blumenstraße 31

Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk eröffnet gemeinsam mit Ministerialdirektor Josef Poxleitner, Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, und Professorin Christina Simon-Philipp, Hochschule für Technik Stuttgart, Kuratorin der Ausstellung, die Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Baden-Württemberg – Bilanz und Ausblick".

(Siehe auch unter Meldungen)

Donnerstag, 22. März, 13 Uhr, GEWOFAG Holding GmbH, Kirchseeoner Straße 3

Zusammenfassung der Ergebnisse der vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München veranstalteten Fachtage "Wohnungswirtschaftliche Kompetenz und soziale Verantwortung unter einem Dach". Im Anschluss findet zum Abschluss der Fachtage eine Podiumsdiskussion zum Thema "Bezahlbarer Wohnraum, intergeneratives Nachbarschaftsleben, gute Versorgung – wohin geht die Reise?" statt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind: Heidrun Eberle, Nachbarschaftsverein Ackermannbogen e. V., Hans-Otto Kraus, GWG München, Technischer Geschäftsführer, Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Angelika Simeth, Stellvertreterin der Sozialreferentin der Landeshauptstadt München, Gordona Sommer, GEWO-FAG Holding, Geschäftsführerin, Christian Stupka, Vorstand, Wogeno München e. G., und Oswald Utz, Behindertenbeauftragter der Landeshauptstadt München. Moderation: Sabine Tschainer.

Im Rahmen der vom 20. bis zum 22. März stattfindenden Fachtage sollen gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus der Wohnungs- und Sozialwirtschaft neue Anstöße zu den Themenbereichen "Sozialorientierte Hausverwaltung", "Quartierbezogene Bewohnerarbeit" und "Versorgung im Viertel" gegeben werden. Die Veranstaltung ist für Fachbesucherinnen und - besucher bereits ausgebucht. Informationen zu den Fachtagen im Internet unter www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/kompro/Fachtage_Wohnungswirtschaftl_kompetenz.html

Donnerstag, 22. März, 17 Uhr, Ratstrinkstube

Sitzung des Sportbeirates der Landeshauptstadt München.

Donnerstag, 22. März, 18 Uhr,

Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie, St.-Jakobs-Platz 1

Eröffnung der Ausstellung "Forum 026: Veli Granö – Prophet. Fotografie und Video". Veli Granö ist einer der international bekanntesten finnischen Künstler, dessen Video- und Fotoarbeiten im Rahmen dieser Kabinett-Ausstellung vom 23. März bis 20 Mai zum ersten Mal in Süddeutschland präsentiert werden.

Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am 22. März um 11 Uhr. Am Freitag, 23. März, findet um 15 Uhr ein Künstlergespräch (in englischer Sprache) statt.

Donnerstag, 22. März, 19.30 Uhr, Casino der Krauss-Maffei-AG, Reinhard-Frank-Straße 13

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr München überreicht Stadtrat Dr. Josef Assal (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Mitgliedern mit zwölfjähriger ununterbrochener ehrenamtlicher Mitarbeit die Medaille "München leuchtet – Den Freunden Münchens".

Dienstag, 27. März, 14 Uhr, Pasinger Fabrik, August-Exter-Straße 1

Dr. Josef Tress eröffnet in Vertretung des Stadtschulrates das 29. Theatertreffen der Münchner Schulen, das bis zum 29. März dauern wird. Zum Auftakt präsentieren die 14 teilnehmenden Schultheatergruppen ihre Produktionen in einer "Häppchenparade" als dreiminütige Kurzfassungen. Das Münchner Schultheaterfestival wird veranstaltet vom Referat für Bildung und Sport, vom Sozialreferat/Stadtjugendamt – Jugendkulturwerk und vom Kultur & Spielraum e.V. München in Zusammenarbeit mit der Pasinger Fabrik GmbH.

(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

Equal Pay Day - Aktionstag für gerechte Bezahlung in München

(19.3.2012) Warum kostet eine Ausbildung in der Altenpflege Schulgeld, während Azubis im KfZ-Gewerbe Gehalt bekommen? Wieso beträgt der Mindestlohn fürs Putzen von Innenräumen 8,82 Euro, fürs Reinigen von Fassaden aber 11,33 Euro? Warum gibt es für Teilzeit oft schlechteren Stundenlohn? Wieso bekommt die eine Führungskraft Tarifgehalt und die andere ein außertarifliches Gehalt plus Dienstwagen oder Boni? Und warum sind Frauen bei diesen Vergleichen so selten auf der "Gewinnerseite"? Natürlich bekommen Frauen in Deutschland nirgendwo offiziell deswegen weniger Geld für ihre Arbeit, weil sie Frauen sind. Dennoch summieren sich die großen und kleinen Unterschiede einer Wettbewerbsgesellschaft bei ihnen so, dass sie pro Stunde im Durchschnitt brutto 23 Prozent weniger verdienen als Männer. In der gesamten EU liegt dieser "Gender Pay Gap" bei 16,4 Prozent. Für weibliche Arbeiterinnen und Angestellte müsste das Jahr also 15 Monate haben, um das gleiche Brutto-Jahresgehalt zu bekommen wie männliche Beschäftigte. Nach dieser Rechnung könnten sie erst Ende März Silvester feiern - diesmal am 23. März 2012. Und deshalb findet an diesem Datum in Deutschland der fünfte Equal Pay Day (EPD)statt.

Das Münchner EPD-Bündnis veranstaltet eine der größten Aktionen bundesweit: Luftballons schmücken den Marienplatz, rote Fahnen wehen vor dem Rathaus und in den Sitzungssälen gibt es Informationsstände, Rechtsberatung, Coaching und Interviews mit Frauen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. "Frauen, es geht um Euer Geld" lautet das Motto. Betroffene und Verantwortliche sollen sich überzeugen, dass eine faire Bezahlung am Ende aller Verhandlungen stehen muss – ob gemeinsam im Tarifverbund oder unter vier Augen im Gehaltsgespräch. Wer für sich und andere etwas verändern will, bekommt dafür Rat, Hilfe und Training und kann sich direkt an Politikerinnen wenden.

Der Equal Pay Day in München findet am Freitag, 23. März, von 15 bis 19 Uhr auf dem Marienplatz und im Rathaus statt.

Programm:

ab 15 Uhr	Performances und Aktionen vor und im Rathaus
15 - 18 Uhr	Informationsstände, Speedcoaching und Beratung der
	EPD-Bündnisparterinnen zum Thema Lohngerechtigkeit
	im Rathaus
15.30 Uhr	Begrüßung: Christa Weigl-Schneider, Vorsitzende Stadt-
	bund Münchner Frauenverbände, Michaela Pichlbauer,
	Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt
16 - 18 Uhr	Interviews und Diskussionen mit Vertreterinnen der
	Münchner Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft
	– rund um das Thema Equal Pay Day:
	D Ol O

- Bürgermeisterin Christine Strobl
- Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen
- Nadja Hirsch (FDP), Mitglied des Europäischen Parlaments
- Dr. Manuela Olhausen (CSU), Mitglied der Stadt ratskommission zur Gleichstellung von Frauen
- Professorin Dr. Monika Jungbauer-Gans, Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftssoziologie der Universität Erlangen-Nürnberg
- Simone Burger, Vorsitzende des DGB Kreisverbandes München

Die Interviews führt: Angelika Knop, Sprecherin Journalistinnenbund München

18 - 19 Uhr Netzwerken & gemütliches Beisammensein mit Imbiss in den Ratstrinkstuben

Mehr als 30 Organisationen machen diesmal mit – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Frauenverbände. Schirmpatin ist Bürgermeisterin Christine Strobl. Die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München zählt zu den Kooperationspartnerinnen. Der bundesweite Equal Pay Day ist eine Initiative der Business and Professional Women - Germany e.V. (BPW). Unterstützt wird er vom Bundesfrauenministerium. Für weitere Informationen und Interviews stehen Vertreterinnen des Münchner Aktionsbündnisses gerne zur Verfügung. Ansprechpartnerin ist Christa Weigl-Schneider, Telefon 89 62 09 22, christa@weigl-schneider.de. Mehr Infos zum Münchner Equal Pay Day: muenchen.de/equal-pay-day.

Tuberkulose: Erkrankungen in Ballungszentren nehmen zu

(19.3.2012) Die Tuberkulose wird gerne auch als Krankheit des 19. Jahrhunderts bezeichnet – denn mit der zunehmenden Hygiene nahm auch die Anzahl der an Tuberkulose Erkrankten in den Industrienationen stetig ab. Doch der Tuberkulose einen Platz in der Geschichte zuzuweisen, ist ein weit verbreiteter Irrglaube. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) zählt sie weltweit mit zwei bis drei Millionen Betroffenen zu den häufigsten Infektionskrankheiten. Tuberkulose breitet sich insbesondere in Afrika, Asien und auch in Osteuropa nach wie vor aus - insbesondere die räumliche Mobilität (Reisen, Zuzug) in und aus den betroffenen Gebieten führen auch in Deutschland immer wieder zu Neuerkrankungen, die oft spät diagnostiziert werden. In der Landeshauptstadt ist die Anzahl der an Tuberkulose Erkrankten in jüngster Vergangenheit deutlich gestiegen. Grund für das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) gemeinsam mit dem Deutschen Museum zum Welt-Tuberkulosetag (24. März) und 130 Jahre nach Entdeckung des Erregers durch Robert Koch, die Infektionskrankheit in den Vordergrund zu rücken. Gemeinsam organisieren sie zwei Informationsveranstaltungen mit Fachvorträgen rund um die Tuberkulose im Deutschen Museum. Zudem restauriert das Deutsche Museum derzeit den Brutschrank, mit dem Robert Koch forschte.

Im Jahr 2010 sind laut einer aktuellen Mitteilung des Robert-Koch-Instituts (RKI) bundesweit 136 Patientinnen und Patienten an Tuberkulose gestorben. Insgesamt spricht das RKI von 4.330 Tuberkulosen 2010 und damit kaum weniger als 2009 (4.419 Erkrankte). Wie das RKI weiter mitteilt, nähert sich die Gesamtzahl der Erkrankungen seit 2008 einem Plateau. In früheren Jahren hingegen sei bundesweit ein Rückgang zu verzeichnen gewesen. In Ballungszentren, darunter Großstädte wie Berlin, Hamburg und auch München, können diese Entwicklungen bestätigt werden. So

liegt die Inzidenz (Häufigkeit der Neuerkrankungen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) bundesweit bei 5,26 – in Berlin (8,48), Hamburg (9,69) und München (10,37) ist der Anteil aber nahezu doppelt so hoch. Zwischen 1999 und 2009 sank zwar die Zahl in München von 234 auf 106 Fälle (Inzidenz 7,8); seit 2010 jedoch registriert das RGU einen deutlichen Anstieg. 2010 sind dem RGU 145 Fälle (10,6), 2011 136 Fälle (9,7) gemeldet worden. "Das ist im bundesweiten Vergleich viel", sagt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt. 130 Jahre nach der Entdeckung ihres Erregers ist die Tuberkulose leider auch ein Stück weit zu einer vergessenen Krankheit geworden. "Bei der Erstdiagnose haben Arztinnen und Ärzte verständlicherweise nicht immer gleich die Tuberkulose im Blick, da sie lange Zeit in Deutschland tatsächlich äußerst selten war. Noch dazu kann man im Anfangsstadium der Erkrankung völlig beschwerdefrei sein oder uncharakteristische Krankheitszeichen wie Frösteln, Mattigkeit, Appetitmangel, Gewichtsabnahme, Fieber oder Nachtschweiß aufweisen", sagt Lorenz.

Rechtzeitig diagnostiziert ist die Tuberkulose gut zu behandeln und: Das Tückische ist, dass zwischen dem Zeitpunkt der Infektion bis zum Ausbruch der Krankheit Jahre oder Jahrzehnte liegen können. Wichtig aber ist: Nicht jeder Infizierte erkrankt. Nur rund fünf bis zehn Prozent aller Infizierten erkranken im Laufe ihres Lebens an einer Tuberkulose.

Aufklärung ist wichtig

Ein Blick in die USA zeigt jedoch, wie wichtig es ist die Infektionskrankheit nach wie vor ernst zu nehmen und zu bekämpfen: So wurde in den 1980-er Jahren in San Francisco die Tuberkulose-Fürsorge zunächst verringert. Als Folge kam es dort bei einer erheblichen Anzahl von HIV-Infizierten zu einer Koinfektion mit dem Tuberkulose-Erreger. "Ein Beispiel, das zeigt, wie wichtig Aufklärung, Vorsorge, Meldepflicht und Behandlung der Tuberkulose sind. Umso mehr sehe ich hier auch die Gesundheitsbehörden in der Pflicht, die Tuberkulose der Ärzteschaft in Erinnerung zu rufen. Der Welt-Tuberkulosetag am 24. März ist dafür ein hervorragender Anlass." Mit Fortbildungen und Vorträgen will das RGU in München auf die Tuberkulose verstärkt aufmerksam machen. So laden das RGU und das Deutsche Museum am Mittwoch, 16. Mai (19 Uhr), Bürgerinnen und Bürger sowie die Fachöffentlichkeit zu einem Infoabend rund um die Tuberkulose ins Deutsche Museum ein. Im Zuge der Wintervorträge wird im Deutschen Museum ein zweiter Infoabend organisiert, der Termin rechtzeitig bekannt gegeben.

"Der Brutschrank von Robert Koch ist *das* Artefakt für den Beginn der modernen mikrobiologischen Forschung" sagt Professor Dr. Wolfgang M. Heckl, Generaldirektor des Deutschen Museums. "Bereits drei Jahre nach

Robert Kochs Erfindung wurden Brutschränke in Serie gefertigt. Heute steht in jedem mikrobiologischen Labor ein Brutschrank." Ausführliche Informationen rund um die Infektionskrankheit Tuberkulose sowie zur Historie der Entdeckung des Erregers durch Robert Koch gibt es im Internet unter www.muenchen.de/rgu unter der Rubrik Presse und Veranstaltungen sowie unter www.deutsches-museum.de. Kontakt:

- Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Pressestelle, Bayerstraße 28a, 80335 München, Telefon 2 33-4 75 09 Fax: 2 33-4 75 08, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit.rgu@muenchen.de,
- Deutsches Museum, Bernhard Weidemann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Museumsinsel 1, 80538 München, Telefon 21 79-281, E-Mail: b.weidemann@deutsches-museum.de.

Theaterfestival der Münchner Schulen

(19.3.2012) Vom 27. bis 29. März treffen sich in der Pasinger Fabrik wieder Theatergruppen aus vielen Münchner Schulen zu ihrem alljährlichen Theaterfestival. In diesem Jahr sind es 14 Theatergruppen aus allen Schularten, von der Grundschule bis zum Abendgymnasium für Erwachsene, die das Programm an den drei Festivaltagen gestalten werden. Als Gast ist das Gymnasium bei St. Stephan aus Augsburg mit ihrem autobiografischen Theaterprojekt "Herzblut" mit dabei. Die Augsburger Schule vertrat im vergangenen Jahr das Land Bayern beim bundesweiten Festival "Schultheater der Länder".

Traditionell beginnt das Theaterfestival am ersten Tag mit einer "Häppchenparade", bei der alle teilnehmenden Gruppen ihre Produktionen in einer dreiminütigen Kurzfassung präsentieren (Beginn: 14 Uhr). Das Festival endet am 29. März mit dem Stück "Antigone", einer Eigenproduktion nach Sophokles, gespielt von der Theatergruppe der Städtischen Rainer-Werner-Fassbinder-Fachoberschule für Sozialwesen und Gestaltung (Beginn: 19.30 Uhr). Auf dem Programm steht auch das Projekt "Euorpean (Hi)Stories" mit Schülerinnen und Schülern von vier Schulen aus drei Ländern – gespielt auf Englisch. Die Grundschulkinder der Deutsch-Französischen Schule in München führen ein Stück in ihren beiden Sprachen auf. Außerdem wird ein Tanzprojekt, Improvisationtheater, Singspiele und vieles mehr präsentiert.

Das Münchner Schultheaterfestival wird veranstaltet vom Referat für Bildung und Sport, vom Sozialreferat/Stadtjugendamt – Jugendkulturwerk und vom Kultur & Spielraum e.V. München in Zusammenarbeit mit der Pasinger Fabrik GmbH. Weitere Informationen, Spielplan und Termine unter www.schultheaterfestival.de. Der Eintritt beträgt 3 Euro, der Festi-

valpass für alle Vorstellungen kostet 5 Euro. Kartenreservierungen sind ab sofort unter Telefon 34 16 76, während des Festivals unter der Rufnummer 8 88 88 06 möglich. Die Abendkasse in der Pasinger Fabrik ist jeweils 30 Minuten vor Vorstellungsbeginn geöffnet.

Achtung Redaktionen: Auskünfte zur Berichterstattung erteilt Reinhard Kapfhammer, Kunst- und Spielraum e.V., unter Telefon 8 88 88 06 und 8 29 406 64 oder rkapfhammer@kulturundspielraum.de. Pressefotos zum Download auf www.kulturundspielraum.de/presse

Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Baden-Württemberg – Bilanz und Ausblick"

(19.3.2012) Am Mittwoch, 21. März, 18 Uhr, eröffnet Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk gemeinsam mit Ministerialdirektor Josef Poxleitner, Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, und Professorin Christina Simon-Philipp, Hochschule für Technik Stuttgart, die Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Baden-Württemberg - Bilanz und Ausblick" im PlanTreff, Zentrale Informationsstelle zur Stadtgestaltung. Die städtebauliche Erneuerung ist eine wichtige Aufgabe des Bundes, der Länder und der Kommunen. Die Städtebauförderung unterstützt mit großen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Impulsen diese Entwicklung maßgeblich. Im Anschluss an die in den letzten Wochen in München gezeigte Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Bayern" präsentiert der PlanTreff die Ausstellung zur Städtebauförderung in Baden-Württemberg und wirft damit einen Blick über die bayrischen Landesgrenzen hinaus. Gezeigt werden herausragende Beispiele städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen aus Baden-Württemberg. In der Ausstellung sind darüber hinaus Münchner Beispiele aus der klassischen Stadtsanierung und dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" zu sehen.

Die Ausstellung "40 Jahre Städtebauförderung in Baden-Württemberg – Bilanz und Ausblick" ist bis zum 26. April, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, im PlanTreff, Blumenstraße 31, zu sehen. Weitere Informationen: PlanTreff, Christian Fuchs, Telefon 2 33-2 29 42, plantreff@muenchen.de, Internet: www.muenchen.de/plan. Der Eintritt ist frei.

Fotoprojekt "Weibsbilder": Ausstellung im Stadtjugendamt

(19.3.2012) Am Mittwoch, 21. März, wird um 16 Uhr im Stadtjugendamt, Prielmayerstraße 1, 5. Stock, die Ausstellung "Weibsbilder – Portraits" eröffnet. Gezeigt werden Portraitfotografien von Schülerinnen der Mittelschule an der Guardinistraße, die im Rahmen des Projekts "starke Mädchen" entstanden sind. Im vergangenen Jahr haben die Schülerinnen die

Entwicklung der Frauenrechte, Frauenbilder in der Werbung und Gesellschaft, Statements über Frauen und eigene Frauen-Bilder näher beleuchtet. Es wurde deutlich, dass die Mädchen gerne eigene Bilder, eigene Standpunkte gestalten wollten. So entstand abschließend dieses Fotoprojekt mit Portraitaufnahmen, die Schülerinnen von Schülerinnen gemacht haben. Die Ausstellung ist bis 27. Juni Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 20 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Bauzentrum: Vortrag "Schimmel in Wohnungen vermeiden"

(19.3.2012) Er ist eklig und kann Allergien auslösen – Schimmel in der Wohnung. Oftmals entsteht er nach Modernisierungen, beispielsweise wenn die neuen Fenster eingebaut werden, die Wände gedämmt und auch noch eine neue Heizung montiert wird. Sind die einzelnen Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt, kann sich Schimmel optimal ausbreiten. Aber auch beim Heizen muss man einiges beachten, damit kein Tauwasser entsteht, das Schimmel einen perfekten Nährboden bereitet. Im Bauzentrum München wird Sachverständiger Edmund Bromm am Donnerstag, 22. März, zeigen wie Schimmel vermieden oder beseitigt werden kann und wie die Wohnung im schlimmsten Fall richtig saniert werden muss. Beginn ist um 18 Uhr, der Eintritt kostenlos.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, Telefon 54 63 66-0, bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Führung durch die Ausstellung "Miteinander ins Gespräch kommen" (19.3.2012) Das Stadtarchiv München lädt am Mittwoch, 21. März, 18 Uhr, zu einer kostenlosen Kuratoren-Führung durch die Ausstellung "Miteinander ins Gespräch kommen. Quellen zur Geschichte der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in München" ein. Die Ausstellung ist noch bis 4. April im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68, jeweils mittwochs von 9 bis 12 Uhr sowie nach Vereinbarung bei freiem Eintritt zu besichtigen.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 19. März 2012

Hauptstadt Wien verabschiedet sich von Wienux?

Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 3.1.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 03.01.2012 nehme ich Bezug; In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: Die Stadt Wien habe einen Teil der auf Linux migrierten Arbeitsplätze wieder auf Windows umgestellt. Offensichtlich hätten die Erfahrungen in München die Entwicklung in Wien nicht beflügelt und sicherlich spielten die hohen Kosten von LiMux eine Rolle. Weiterhin würden sich die Klagen über LiMux und die Mängelmeldungen häufen. Aus Ihrer Sicht stellt sich die Frage, nachdem die Stadtkämmerei angekündigt habe, dass vom 23.12.2011 bis zum 10.1.2012 keine Überweisungen der Landeshauptstadt erfolgen können, ob es einen Zusammenhang mit LiMux und/oder der Einführung von SAP gibt.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Ist Ihnen bekannt, dass die Stadtverwaltung in Wien sich von Linux abwendet und auf das Betriebssystem von Windows zurückgreift?

Antwort:

Uns ist bekannt, dass die Stadt Wien mit Wienux betriebene PC wieder auf Windows umgestellt hat. Ob sich Wien generell von Linux abwendet ist uns nicht bekannt.

Frage 2:

Bestanden mit der Verwaltung der Stadt Wien und München im Hinblick auf eine mögliche Einführung des offenen Betriebssystems in der österreichischen Hauptstadt Kontakte? Wenn ja, welche Informationen über die Einführung in München wurden an die Kollegen aus Wien weitergeleitet?

Antwort:

Am Anfang des Wienux-Projektes fanden sowohl elektronische Kontakte, als auch persönliche Treffen mit Projekt- und IT-Verantwortlichen statt. In den letzten beiden Jahren bestand kein Kontakt mehr.

Die Stadt Wien hat die öffentlich zugänglichen Informationen über das Li-Mux-Projekt auf der Internetseite www.muenchen.de/limux zur Verfügung gestellt bekommen, so wie alle anderen an LiMux Interessierten auch.

Frage 3:

Wie hoch beziffern sich bisher die Kosten für die Einführung von LiMux? Wie hoch wären die Kosten bei Ausbau des Betriebssystems auf Basis von Windows gewesen?

Antwort:

Die aktuellen haushaltswirksamen Kosten für das LiMux- Projekt betragen 11,7 Mio (Stand Ende Dezember 2011).

Im Beschluss des VPA vom 16.06.2010 (Vorlage Nr. 08-14/V 04284) ist eine Alternativberechnung der Aufwände für eine dem damaligen Leistungsumfang des LiMux Projektes vergleichbare Betriebserhaltung von Windows Systemen dargestellt.

Diese Rechnung enthält Kosten in Höhe von 11,8 Mio Euro für die folgenden Positionen:

- 15.000 MS-Office Lizenzen
- 7.500 MS-Windows Lizenzen
 Annahme: auf 50% der PC muss Windows-Version aktualisiert werden wg. Office-Version
- 7.500 Neuanschaffung von Hardware Annahme: wegen hoher Windows Systemanforderungen vorzeitiger Ersatz
- Schulungskosten (Lernwelt und externe Trainer)
- Migrationskosten (externe Migrationsunterstützung)
 Annahme: 15.000 Office-Migrationen und 7.500 Windows-Migrationen
- Vereinheitlichung des Formularwesens entsprechend WollMux

Aktualisiert auf die heutige Umgebung müssten die 7.500 PC als Bezugsgröße für Windows-Lizenzen und Hardware auf mindestens 10.000 PC erhöht werden (Aktueller Stand an LiMux Arbeitsplätzen ist ca. 9.600 PC). Damit erhöhen sich die Gesamtkosten dieser Vergleichsrechnung um 1,65 Mio Euro.

Noch nicht berücksichtigt ist dabei die inhaltliche Erweiterung des LiMux Projektumfanges in Hinblick auf die Optimierung des Anforderungs- und Testmanagements. Die dafür im LiMux-Projekt getätigten Ausgaben belaufen sich auf 2,08 Mio Euro.

Ein dem Leistungsumfang des LiMux-Projekt vergleichbarer Ausbau auf des Basis von Windows hätte damit bislang kalkulierte Kosten in Höhe von **mindestens 15,52 Mio Euro** verursacht.

Ebenfalls nicht berücksichtigt ist dabei die Tatsache, dass ein Ausbau auf der Basis von Windows nicht nur die einmaligen Umstellungskosten berücksichtigen muss, sondern die alle 3-4 Jahre notwendigen Updates für Betriebssystem und Office-System sowie die Preissteigerungen dafür. Allein die Lizenzkosten für 10.000 PC mit aktuellen Windows und Office-Lizenzen würden derzeit **über 2,8 Mio Euro** betragen.

Im LiMux-Projekt hingegen fallen nur die einmaligen Umstellungskosten an, Lizenzkosten für die OpenSource Produkte (z. B. Betriebssystem und Office-System) gibt es nicht, sämtliche neuen Produktversionen sind kostenlos.

Frage 4:

Welches sind die Ursachen für die Einstellung von städtischen Überweisungen um die Jahreswende? Wie viele Mängelmeldungen von Mitarbeitern bei der Anwendung von LiMux wurden bisher registriert?

Antwort:

Den ersten Teil Ihrer Frage kann ich nach Rücksprache mit der Stadtkämmerei wie folgt beantworten:

Auch in der Zeit vom 23.12.2011 bis zum 10.1.2012 wurden Überweisungen der LHM durchgeführt. Es gab keine Einstellung von städtischen Überweisungen um die Jahreswende. Eine anderslautende Ankündigung der LHM gab es nicht.

Ein Zusammenhang zwischen LiMux und der Einführung von SAP besteht nicht.

Zum zweiten Teil dieser Frage stellt sich die Situation wie folgt dar:

Meldungen von Mitarbeitern über Probleme mit dem PC erfolgen an die jeweilige dezentrale Störungsannahme (Service Desk/Help Desk). Dabei werden Probleme gemeldet, die auf Störungen im Bereich der Infrastruk-

tur (Netz, Server), der Anwendungen (Datenbanken, externe Verbindungen) der Kommunikation (z. B. Internet, E-Mail, Kalender), dem Betriebssystem (Windows oder Linux), den Benutzerdaten (Organisationsdaten, Benutzerdaten), dem Office-System oder auch auf Benutzerfehler beruhen können. Manchmal ist es auch eine Kombination mehrerer Ursachen. Die verschiedenen Ursachen werden nicht so erfasst, dass sie statistisch ausgewertet werden können.

Somit kann eine Frage, wie viele Mitarbeiter-Mängelmeldungen auf LiMux zurückgehen, mangels Datenmaterial nicht exakt beantwortet werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich die LiMux Arbeitsplätze erst in der Einführungsphase befinden. In dieser Phase treten bei jeder Umstellung (also auch unter Windows) typischerweise am Anfang gehäuft Fehler auf, bis sich der Betrieb "einschwingt" und ein Normalwert an Störungen erreicht wird. Eine Aussage über die Güte eines Arbeitsplatzes wird somit erst möglich, wenn alle geplanten Umstellungen auf den LiMux Arbeitsplatz abgeschlossen und ca. 2 Jahre in Betrieb sind. Erst danach könnte man die Anzahl der Störungen pro Monat für jedes Referat mit den Zahlen für Windows NT vergleichen.

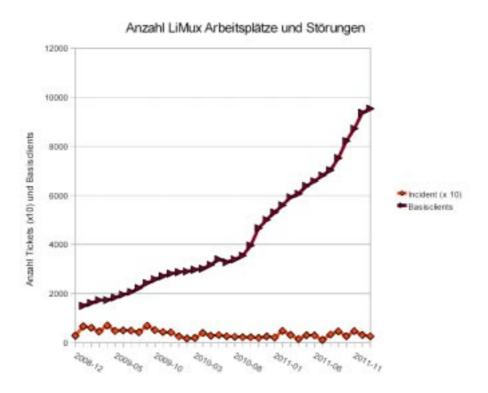
Nach Auskunft einzelner Administratoren ist es aber bereits jetzt so, dass bei LiMux Arbeitsplätzen weniger Störungen pro Monat gemeldet werden, als früher unter dem seit Jahren betriebenen Windows NT.

Das it@M Serviceteam "LiMux Service Center" bearbeitet Störungsmeldungen der dlKA-Administratoren zum LiMux-Arbeitsplatz, dessen Administration und Softwareverteilung. Teilweise sind dies auch Mängelmeldungen der Mitarbeiter, die im dlKA nicht gelöst werden konnten. Vielfach sind dies aber auch Störungen in den Bereichen Server, Netz, Kommunikation oder Anwendungen, für die nicht der LiMux-Arbeitsplatz die Ursache ist. Eine Auswertung der Anzahl der Störungsmeldungen ergibt somit auch keine belastbare Aussage zur tatsächlichen Anzahl an Mängeln des LiMux Arbeitsplatzes.

Dennoch haben wir eine grafische Darstellung der Auswertung eingefügt, um zumindest eine Tendenz aufzuzeigen.

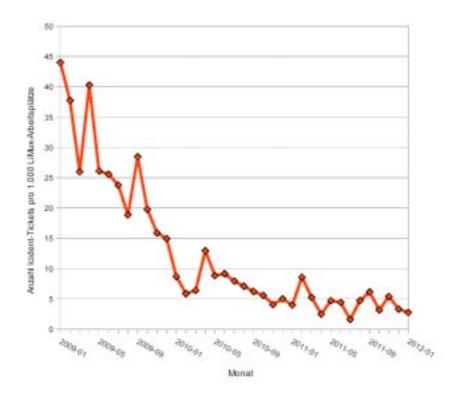
Die Anzahl der Störungsmeldungen beim Serviceteam haben nicht mit der gestiegenen Anzahl an LiMux-Arbeitsplätzen zugenommen, sondern sogar noch leicht abgenommen (von maximal 70 pro Monat auf maximal 46 pro Monat), obwohl sich die Anzahl der LiMux-Arbeitsplätze deutlich gesteigert hat (von 1.500 auf 9.500).

Die Menge der Störungen wurde für die Darstellung in der Grafik auch noch mit 10 multipliziert, da ansonsten die Störungen nur als Linie auf der X-Achse sichtbar gewesen wären.



Um den Zusammenhang mit der Anzahl an LiMux Arbeitsplätzen zu verdeutlichen, wurde die nachstehende Grafik eingefügt. Sie zeigt die Anzahl der Störungsmeldungen pro 1.000 LiMux Arbeitsplätze im Monat. Daraus ist klar ersichtlich, dass die Anzahl der Störungen pro Arbeitsplatz stetig abnimmt, was auf eine stetig wachsende Qualität des LiMux Arbeitsplat-

zes einerseits und der damit zusammenhängenden Service bei it@M und den dIKAs andererseits schließen lässt.



Beschwerdestelle der Heimaufsicht ausbauen

Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU) vom 11.11.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach §60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Ihr Antrag, bei der Heimaufsicht neben der Kontrolle und Beratung der Einrichtungen auch die Beratung bei Beschwerden von Einzelpersonen vorzunehmen, nimmt Bezug auf innerorganisatorische Angelegenheiten, die der laufenden Aufgabenerledigung zuzuordnen sind und somit nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegen. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist somit rechtlich nicht möglich.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftwege zu beantworten.

Nachdem uns zwischenzeitlich die Stellungnahme des Direktoriums vorliegt, können wir zu Ihrem Anliegen nachstehend Folgendes mitteilen.

Der Ansiedelung der Heimaufsicht (jetzt Fachstelle Pflege und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht, FQA) beim Kreisverwaltungsreferat und der Beschwerdestelle beim Direktorium liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Der Tätigkeitsbereich der Heimaufsicht/FQA ist ordnungsrechtlich geprägt. Das Bayerische Pflege- und Wohnqualitätsgesetz bietet neben der Beratung und Qualitätssicherung sowie der Entgegennahme von Beschwerden und deren Verfolgung auch klare ordnungsrechtliche Befugnisse wie beispielsweise der Erlass von Anordnungen und Zwangsmitteln. Der Vollzug dieser Aufgaben durch das KVR ist daher folgerichtig.

Das Direktorium merkt in diesem Zusammenhang Folgendes an: "Die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege hat den Charakter einer niedrigschwelligen und neutralen Ombudsstelle und bewegt sich stets im Vorfeld der gesetzlichen Instanzen, ambulant des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und stationär der Heimaufsicht/FQA. Die Anbindung der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege beim Oberbürgermeister unterstreicht deren Bedeutung.

Die Beschwerdestelle verfügt über keine Sanktionsmöglichkeiten, was die Offenheit der Pflegedienste und Pflegeheime im Umgang mit Beschwerden und Fehlern deutlich vergrößert. Ihr Zugang zu den vorgetragenen Problemlagen orientiert sich nicht an gesetzlichen Prüfvorgaben, sondern an einer fachkompetenten ganzheitlichen Betrachtung der vielschichtigen Konflikt- und Problemlagen. Er ist einzelfallbezogen und bietet, wenn erforderlich, eine lösungsorientierte Beratung und Begleitung für alle Beteiligten, sowohl der Pflegedienste, Pflegeheime, wie auch der Beschwerdeführenden. Mit ihrem besonderen Konzept und Zugang konnte die Beschwerdestelle in der Vergangenheit stets wichtige Impulse in Politik, Fach-Öffentlichkeit, Gremien und Projekte einfließen lassen."

Die Bürgerinnen und Bürger haben in München somit die freie Wahlmöglichkeit, ob sie eine Beschwerde direkt an die eher niederschwellig agierende Beschwerdestelle richten oder ob sie die Heimaufsicht/FQA um behördliches Tätigwerden bitten. Für den Beschwerdeführer dürfte dabei entscheidend sein, wie er sein konkretes Anliegen behandelt wissen möchte. Eine Klärung durch die Beschwerdestelle hat auf die betroffene Einrichtung und das zugrundeliegende Vertrauensverhältnis zwischen Bewohnerin/Bewohner und Einrichtung möglicherweise eine andere Wirkung als die Einschaltung der Kontroll- und Aufsichtsbehörde Heimaufsicht/FQA.

Gerade vor diesem Hintergrund hat eine organisatorische Trennung beider Stellen durchaus ihre Rechtfertigung.

Wenn jedoch angesichts einer Beschwerde zum Beispiel wegen einer konkreten Gefährdungssituation für eine Bewohnerin bzw. einen Bewohner ein ordnungsrechtliches Einschreiten erforderlich ist, wird über die Schnittstelle zwischen Heimaufsicht/FQA und Beschwerdestelle sichergestellt, dass seitens der Heimaufsicht/FQA die nötigen ordnungsrechtlichen Maßnahmen erfolgen können.

Anlässlich der Vorstellung des Tätigkeitsberichts der Beschwerdestelle im Juni 2011 im Münchner Stadtrat (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 06546) wurde deutlich, dass der wertvolle und eigenständige Beitrag der Beschwerdestelle für die Münchner Bürgerinnen und Bürger weiter erhalten bleiben soll. Dem Oberbürgermeister sind zudem die Erkenntnisse sowie die direkte Beratung und Unterstützung durch die Beschwerdestelle unverändert wichtig und wertvoll.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 19. März 2012

Sanierung im Bereich der Münchner U-Bahn – umgehende Vorlage des Sanierungsbedarfs

Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Hans Podiuk, Manuel Pretzl, Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU)

Städtische Wohnungsbauoffensive beschleunigen

Antrag Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke)

Bericht über Finanzbeziehungen zum Bund

Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Freie Fahrt für Münchner Polizisten beim MVV

Antrag Stadträtin Ursula Sabathil (Parteilos)

Keine Schließung des Pasinger Standesamts

Antrag Stadträtin Ursula Sabathil (Parteilos)



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II 80331 München

Tel.: 089 / 233 92650 Fax.: 089 / 29 13 765

Email: csu-fraktion@muenchen.de www.csu-rathaus-muenchen.de

16.03.12

Antrag zur dringlichen Behandlung für die Vollversammlung am 21.03.12

Sanierung im Bereich der Münchner U-Bahn – umgehende Vorlage des Sanierungsbedarfs

Die im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vom 15.11.2011 auf den 15.03.2012 vertagte Vorlage wird in der *VV 21.03.2012* vorgelegt.

Begründung:

Im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 15.03.2012 hätte der Wirtschaftsreferent einen Bericht vorlegen sollen, der Auskunft gibt über

- zur Sanierung anstehende Bahnhöfe,
- konkrete Maßnahmen/Konzepte, insbesondere das konkrete Konzept für den Bahnhof Sendlinger Tor,
- Zeitpunkt,
- Kosten.

Dieser Bericht geht u.a. zurück auf Anträge der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.12.2010 und 25.10.2011. Die Anträge zu den Sanierungsfragen wurden vom zuständigen Wirtschaftsreferenten jedoch so lapidar und nichtssagend behandelt, dass die Vorlage zur Überarbeitung an die Verwaltung zurück verwiesen wurde. Im Ausschuss vom 13.03.2012 sollte der Wirtschaftsreferent berichten – was er jedoch, siehe oben, nicht tat.

Ärgerlich ist dies vor allem deshalb, weil sich die MVG mit Pressemitteilung vom 04.01.2012 bereits in der Lage sah, einen Finanzbedarf der U-Bahn in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bis 2020 zu veröffentlichen. Zahlen und Fakten liegen also vor, weshalb es keinen Grund gibt, warum Referat und MVG den Stadtrat nicht unterrichten.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender

Hans Podiuk, Stadtrat stv. Fraktionsvorsitzender

Manuel Pretzl, Stadtrat

Mario Schmidbauer, Stadtrat

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat



DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister Christian Ude

Rathaus Marienplatz 8 80331 München DIE LINKE. Stadtratsgruppe München **Brigitte Wolf** Ehrenamtliche Stadträtin

Rathaus, Marienplatz 8 80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35 Fax: 089 - 233 - 281 08

München, 16. März 2012

Antrag: Städtische Wohnungsbauoffensive beschleunigen

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG werden beauftragt, jährlich mindestens 1000 neue Wohnungen zu erstellen, sei es durch Nachverdichtung auf eigenem Grund oder durch Neubau auf neuen Flächen. Dabei soll insbesondere geförderter Wohnraum entstehen, für den die Stadt langjährige Belegungsrechte erhalten soll.
- 2) Durch die Inhouse-Vergabe von Flächen, vor allem in den anstehenden Neubaugebieten, stellt die Stadtverwaltung die dafür benötigten Grundstücke bereit.
- 3) Die Verwaltung prüft, ob und wie ggf. die Eigenkapitalbasis der städtischen Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden kann, um die erforderlichen Zielzahlen zu erreichen. Denkbar wäre hierfür z.B. der Einsatz langfristiger städtischer Finanzreserven wie die "Freiwillige Pensionsrücklage". Durch eine marktübliche Verzinsung könnten diese Finanzreserven zudem gestärkt werden.
- 4) Im Planungsreferat werden die erforderlichen Personalstellen zugeschaltet, um die nötige Schaffung von Baurecht zu beschleunigen.

Begründung:

Die einhellig gewünschte Wohnungsbauoffensive im Rahmen von Wohnen in München V muss angesichts des überhitzten Münchner Wohnungsmarkts beschleunigt umgesetzt werden. Ziel muss es sein, den städtischen Anteil an Mietwohnungen in einem Umfang zu steigern, dass überhaupt die Möglichkeit entsteht, mietpreisdämpfend zu wirken. Dazu müssten mindestens 15 % der Wohnungen in München im städtischen Zugriff sein.

Für dieses langfristige Ziel ist die Stärkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften unerlässlich. Aber auch die Personalbasis im Planungsreferat muss für die erforderlichen Beteiligungsprozesse gestärkt werden.

Brigitte Wolf Stadträtin der LINKEN.

Stadträtin: **Brigitte Wolf**

Mitarbeiter: Dr. Stefan Breit (Publikationen), Martin Fochler (Sonderpublikationen), Tino Krense (Projektbetreuung) Bürozeiten:

Donnerstag 13 Uhr bis 18 Uhr, Freitag Nachmittag nach Vereinbarung

(Stadtratsbüro Rathaus, Zimmer Nr. 176) E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de Homepage: http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Richard Progl

Stadtrat in München



An Herrn Oberbürgermeister Christian Ude - oder Vertreter im Amt -

16. März 2012

Antrag: Bericht über Finanzbeziehungen zum Bund

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat werden in einer Gesamtschau die Finanzbeziehungen zum Bund dargestellt. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- welchen Anteil an den direkt aus bayerischen Steuergeldern nach Berlin fließenden Zahlungen (z.B. Länderfinanzausgleich) von Münchner Bürgern aufgebracht werden;
- wie hoch (in absoluten Zahlen) der Bundesanteil an in Münchnen erwirtschafteten Steuern in den letzten Jahren gewesen ist;
- welche Investitionen seitens des Bundes in den letzten Jahren in der Landeshauptstadt erfolgt sind;
- in welcher Höhe Zahlungen in die Sozialkassen durch Münchner Bürger erfolgt sind und welche Leistungen dem gegenüber stehen;
- welche sonstigen Zahlungen in der einen oder anderen Richtung fließen.

Begründung:

Die Ankündigung von Ministerpräsident Seehofer, lediglich gegen die Abgaben des Freistaats an den Bund im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, nicht jedoch gegen die vielfältigen anderen, vorzugehen, ist eine ernste Bedrohung des bayerischen, aber auch des städtischen Haushalts. Schon jetzt sind staatliche Aufgaben, die Bayern seinen Bürgern schuldig ist, nicht ausreichend finanziert, da bayerisches Geld nach Berlin fließt.

Dem Stadtrat und der Öffentlichkeit müssen daher jenseits von Wahlkampfmanövern die komplexe (und erfahrungsgemäß höchst einseitige) Struktur der finanziellen Beziehungen zwischen Freistaat (hier konkret Stadt München) und Bund dargestellt werden.

Im Rahmen der Bearbeitung eines sehr ähnlichen Antrags vom 5. März 2012 ("Bericht über Finanzbeziehungen zum Freistaat") können sicher auch die o.g. Fragen ohne erheblichen Mehraufwand beantwortet werden.

Richard Progl

ehrenamtlicher Stadtrat



MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus 80331 München

München, 18.3.2012

Antrag

Freie Fahrt für Münchner Polizisten beim MVV

Münchner Polizisten dürfen grundsätzlich – nicht nur in Uniform, sondern auch in Zivil – beim MVV kostenlos fahren.

Begründung:

Dass Polizisten in Uniform beim MVV kostenlos fahren dürfen, ist seit Jahren zu Recht geübte Praxis. Beamte in Zivil können für gut 20 Euro im Monat eine sogenannte Sondernetzkarte abonnieren.

Oft genug kommt es jedoch vor, dass auch Polizisten in Zivil, d.h. auch dann, wenn sie womöglich in ihrer Freizeit mit dem MVV unterwegs sind, helfend und beschützend eingreifen, wenn Gefahr droht oder anderweitig Not am Mann ist.

Es ist für die Bürger beruhigend zu wissen, dass viele Polizisten nicht nur Dienst nach Vorschrift machen, sondern sich überall und ohne Zeitlimit notfalls für die innere Sicherheit einsetzen.

Diese Beruhigung ist mit einem grundsätzlichen Freifahrtschein wahrlich nicht zu teuer erkauft.

Dadurch würden sich auch Diskussionen, wie sie in der AZ vom Wochenende dokumentiert sind, erübrigen. Polizisten gehören, wie wir alle wissen, ohnehin schon nicht zu den Großverdienern und 20 Euro für eine Sondernetzkarte sind für Polizisten oft mehr Geld als für manchen anderen. 20 Euro – ein kleiner Betrag für den Steuerzahler, aber ein großer für viele Polizisten, gerade in einer teuren Stadt wie München.

Ursula Sabathil, Stadträtin



MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

München, 18.3.12

Antrag

Keine Schließung des Pasinger Standesamts

Alle eventuellen Überlegungen, das Pasinger Standesamt zu schließen, werden fallen gelassen. Dies wird noch vor der Sommerpause der Öffentlichkeit und dem Münchner Stadtrat bestätigt.

Begründung:

Bei allem Verständnis für Sparmaßnahmen auch im KVR wäre das Pasinger Standesamt ein denkbar ungeeignetes Objekt.

Davon abgesehen, dass es für die Pasinger und den gesamten Münchner Westen einen Rest faktischer oder gefühlter Eigenständigkeit bedeutet, muß seitens der Stadt den großen Veränderungen im Münchner Westen, die u.a. durch die Bebauung von Freiham und dem Gebiet an der Paul-Gerhardt-Allee anstehen, Rechnung getragen werden.

Ursula Sabathil, Stadträtin